

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

6. – 12. Mai 2023

Im Rahmen des Feiertages am 8. Mai zum Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkriegs wurde der erste Staatsbesuch eines französischen Präsidenten in Deutschland seit 23 Jahren angekündigt. Emmanuel Macron wird vom 2. bis 4. Juli voraussichtlich nach Berlin, Ludwigsburg und Dresden reisen. Am 10. Mai nahm Außenministerin Annalena Baerbock an einer Regierungskabinettsitzung im Elysée-Palast teil. Die Teilnahme entspricht einer Selbstverpflichtung des Aachener Freundschaftsvertrags von 2019, welche die Ampelregierung bislang ignoriert hat. Ankündigt wurde zudem eine Ergänzung der Deutsch-Französischen Ministerräte durch jährliche themenbezogene Klausuren ab Herbst 2023.

Die Nationalversammlung hat am 11. Mai für einen Text gestimmt, der das Hissen der französischen und der europäischen Fahne vor oder auf Rathäusern in Städten mit mehr als 1500 Einwohnern verpflichtend macht. Nach einer angespannten Debatte wurde der Gesetzentwurf mit 130 zu 109 Stimmen angenommen und muss nun vom Senat geprüft werden. Durch zahlreiche Änderungsanträge wurde der Text deutlich gelockert. Statt auf dem Dach dürfen die Fahnen nun auch in der Nähe der Rathäuser aufgestellt werden. Aus Kostengründen wurden Städte mit weniger als 1500 Einwohnern von der Verpflichtung befreit. „Die Befreiung betrifft 70% der Gemeinden in Frankreich“, kritisierte der LR-Abgeordnete Philippe Gosselin, das mache keinen Sinn in einer „einen und unteilbaren“ Republik“.

Die Nationalversammlung hat am 9. Mai einstimmig eine Resolution angenommen, in der gefordert wird, die russische paramilitärische „Gruppe Wagner“ auf die EU-Liste der terroristischen Organisationen zu setzen. Der vom Renaissance-Abgeordneten Benjamin Haddad eingebrachte, nicht bindende Entschließungsantrag zielt insbesondere auf die „zahlreichen Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung“ in der Ukraine ab, die von dieser Söldnergruppe verübt wurden und von denen einige als „Kriegsverbrechen eingestuft werden können“.

Nach dem Tod des AFP-Journalisten Arman Soldin am 9. Mai in der Ukraine wurde eine Untersuchung wegen Kriegsverbrechen eingeleitet. Die Untersuchung wird von der französischen Zentralstelle für die Bekämpfung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Hassverbrechen (OCLCH) geleitet. Arman Soldin, ein in Sarajevo geborener französischer Journalist, wurde im Alter von 32 Jahren durch eine Salve von Grad-Raketen getötet. Soldin gehörte zu einem Team von fünf AFP-Reportern, die ukrainische Soldaten bis an die Front begleiteten. Soldin verstarb in der Nähe von Bakhmut.

Staatspräsident Emmanuel Macron reagierte am 11. Mai auf den Rücktritt des Bürgermeisters von Saint-Brévin, auf dessen Haus ein Brandanschlag verübt worden war. „Die Angriffe auf Yannick Morez und seine Familie sind unwürdig. Diesem gewählten Vertreter der Republik, seiner Frau und seinen Kindern bekunde ich erneut meine Solidarität und die der Nation“, schrieb das Staatsoberhaupt auf Twitter. Premierministerin Elisabeth Borne bezeichnete ihrerseits den Brand im Zusammenhang mit der Eröffnung eines Aufnahmезentrums für Asylbewerber als „sehr schockierend“.

HIV-positive Personen können in Frankreich künftig in die Armee eintreten. Dies kündigte Verteidigungsminister Sébastien Lecornu am 8. Mai auf France 2 an. Er verwies auf einen entsprechenden Erlass auf Vorschlag des Innenministers Gérald Darmanin, der für die „Gendarmerie, die Feuerwehren von Paris und Marseille sowie alle Streitkräfte“ gelten soll. Im November 2022 wurde bereits der Ausschluss von HIV-Infizierten bei der Einstellung von Polizisten aufgehoben.

Die Präfektur des Departements Pyrénées-Orientales gab am 9. Mai bekannt, dass ein großer Teil des Departements aufgrund der historischen Dürre auf die Alarmstufe „Krisensituation“ gesetzt wird. Mit dieser Ankündigung reagierte die Präfektur auf einen Waldbrand, der am 8. Mai 30 Hektar vernichtete, bevor er von 160 Feuerwehrleuten und drei Löschflugzeugen fixiert werden konnte. Die Pyrénées-Orientales sind das am stärksten von der Dürre betroffene Departement Frankreichs und weisen laut den staatlichen Stellen ein „Niederschlagsdefizit zwischen -60 und -65 % in den letzten 12 Monaten“ auf.

Die Innen- und Außenminister Frankreichs und der Komoren, „begräftigten ihren Willen, Menschenhandel und Schlepperwesen zu bekämpfen“, so eine gemeinsame Erklärung nach einem Treffen am 9. Mai in Paris. Die Minister sprachen insbesondere über die politischen Spannungen, die infolge der sogenannten Operation „Wuambushu“ in Mayotte entstanden waren. Die französischen Behörden führen diese Operation derzeit durch, um die Ansiedlung von illegalen Einwanderern in Slums einzudämmen. Mayotte ist eine der vier Hauptinseln des Komoren-Archipels, das zwischen Afrika und Madagaskar liegt. Während die übrigen drei Hauptinseln den Staat der Komoren bilden, gehört die Insel Mayotte zu Frankreich.

Die italienische Premierministerin Giorgia Meloni verurteilte am 8. Mai die „Doppelzüngigkeit von Paris“ im Hinblick auf die europäische Migrationspolitik und warf der französischen Regierung vor, Italien für „innenpolitische Zwecke“ zu benutzen. Die Krise zwischen Frankreich und Italien wurde infolge einer Äußerung von Innenminister Gérald Darmanin ausgelöst, der Meloni als unfähig bezeichnete, die Einwanderung nach Italien zu steuern. Außenminister Antonio Tajani sagte infolge der Äußerung Darmanins am 4. Mai seinen Antrittsbesuch in Paris ab.

Bei einem Treffen mit ihrem chinesischen Amtskollegen in Paris am 10. Mai betonte die französische Außenministerin Catherine Colonna, dass China eine Rolle „für den Weltfrieden und die weltweite Stabilität“ zu spielen hat. Sie wiederholte, dass Peking daran arbeiten müsse, „Russland davon zu überzeugen, zur vollständigen Einhaltung der Charta der Vereinten Nationen zurückzukehren“.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Die Nationalversammlung hat am 10. Mai unter Protest der Abgeordneten der Grünen und der linkspopulistischen La France Insoumise einen von der Präsidentenmehrheit geforderten Untersuchungsausschuss über „Gewalttätige Gruppierungen bei Demonstrationen“ bestätigt. Der parlamentarische Untersuchungsausschuss, der mit 204 zu 47 Stimmen angenommen wurde, soll die Strukturierung, Finanzierung, Mittel und Handlungsformen der gewalttätigen Gruppierungen bei Demonstrationen und Kundgebungen „zwischen dem 16. März und dem 3. Mai 2023“ untersuchen.

Die Abgeordneten Aurélien Pradié und Pierre-Henri Dumont (Les Républicains) rufen zu einem Referendum über Migrationsfragen auf. Die Verschiebung des Einwanderungsgesetzes in den Herbst stellt für die beiden Abgeordneten eine „politische Resignation“ dar. Ein sogenanntes „Référéndum d'initiative partagée“ (Referendum auf Initiative des Parlaments und der Bürger) soll die „Neuorientierung der französischen Einwanderungspolitik hin zu einer qualifizierten Arbeitsmigration“ begleiten.

DIE ZAHL DER WOCHE

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	9	6	2
9	2	0	1

Die französische Geburtenrate befindet sich weiterhin im Sinkflug. Mit einem Durchschnitt von 1816 Geburten pro Tag im März fällt Frankreich auf ein Niveau zurück, das zuletzt 1994 registriert wurde. Laut dem französischen Statistikamt Insee erweist sich das Jahr 2023 als besonders „schwach“ – im Vergleich zu März 2020, vor der Covid-19-Pandemie, sei die Rate um 7% zurückgegangen.